

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Placatwörter 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Bevorstehender Generalstreik in England.

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der englische Bergarbeiterstreik beginnt in ein Stadium zu treten, in dem seine Ausichten weit günstiger sind, als es bei Ausbruch des Streiks den Anschein hatte. Eine Meldung aus Paris besagt: Nach einer Meldung des Journal des Debats von heute, nachmittags 3 Uhr, hat sich die Streiksfrage plötzlich verschärft. Die Delegierten der Trade Union hätten der Regierung erklärt, wenn sie nicht innerhalb 24 Stunden die Forderungen der Bergarbeiter befriedige, werde der Generalstreik sämtlicher Korporationen erklärt werden. Der Manchester Guardian erklärt, die Eisenbahner distanzieren einen Vorschlag, um Mitternacht in den Streik einzutreten. Der Berliner Korrespondent des Berliner Tageblatts meldet dazu eine höchst sensationelle Tatsache. Er teilt Meldungen aus Paris mit, wonach dort mit dem Ausbruch eines Sympathiestreiks der französischen Bergarbeiter mit den englischen Kohlenarbeitern zu rechnen ist. Eine gewisse Unruhe sei augenblicklich im Kohlenbecken der Loire zu verzeichnen, wo die Bergleute eine Erhöhung ihrer Löhne um 4 bis 5 Franc täglich fordern. Diese Frage soll auf der im morgen vom Internationalen Bergarbeiterkongress in Paris einberufenen Sitzung behandelt werden. Es soll eine Frist gestellt werden. Wenn sich die Forderungen der Bergarbeiter weigern, die Forderungen zu bewilligen, würde der Streik der Bergarbeiter in der Loire sofort erklärt werden, dessen weitere Ausbreitung auf die französischen Gruben erstlich befristet wird.

Der Streik der Eisenbahner beschlossen.

London, 21. Oktober. Die Konferenz der Eisenbahner hat beschlossen, am Sonntag um Mitternacht in den Streik zu treten, wenn nicht vorher die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bergarbeitern wieder aufgenommen werden.

Die Haltung der Regierung.

London, 21. Oktober. Die Regierung ist bereit, erneut in Verhandlungen mit den Bergarbeitern einzutreten, sofern diese grundsätzlich damit einverstanden sind; daß eine Lohnerhöhung von der Zunahme der Produktion abhängig gemacht werde.

Wirkungen des Streiks.

St. Malo, 21. Oktober. (Ul.) Infolge des Kohlenarbeiterstreiks wird die South Western Company, die den Güter- und Personenverkehr zwischen Southampton und St. Malo besorgt, ihren Betrieb am Donnerstag einstellen. Der Hafenverkehr wird durch die Dienstleistung gänzlich stillgelegt. Die Doharbeiter sind zum Frisieren gezwungen.

London, 22. Oktober. (Ul.) Die Schiffswerften an der Tsch und in Hartlepool beschließen, die Werften solange wie möglich offenzuhalten, damit die Arbeitslosigkeit infolge des Streiks der Bergarbeiter möglichst eingeschränkt wird. Man erwartet, daß in Sheffield allein Ende der Woche 100 000 Arbeiter arbeitslos sein werden.

London, 20. Oktober. Der Sekretär des Handelsministeriums erklärte im Unterhaus in Beantwortung einer Anfrage, daß nicht nur kein mit Kohlen beladener Dampfer die Erlaubnis zur Ausfahrt aus einem britischen Hafen erhalte, sondern daß vielmehr die mit Kohlen versehenen Schiffe zurückgehalten würden, bis die Verwendung ihrer Ladung entschieden sei.

Generalstreik in Bremen?

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Lokalanzeiger meldet aus Bremen: Der gesetzliche Schlichtungsausschuss Bremen hat heute vormittag die geforderten Lohnerhöhungen der Staatsarbeiter als zur Zeit nicht genügend begründet abgelehnt. Eine Versammlung der Staatsarbeiter wird heute zum Schiedsgericht Stellung nehmen. Nach einer heute vormittag in einer großen Versammlung abgegebenen Erklärung soll gemäß Beschluß der Arbeiter eingestellt werden. Morgen soll die gesamte Industriearbeiterschaft in den Generalstreik eintreten. Die Staatsarbeiter werden also den Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses mit dem Streik beantworten. Die Arbeit mit Hilfe von Kraftstrom, der durch technische Nothilfe erzeugt wird, ist in allen Betrieben abgelehnt worden.

Eine Kommission der Arbeiterschaft überbrachte heute vormittag die Forderungen der 12 bis 14 000 von der Betriebseinstellung betroffenen Arbeiter, die für den entfallenden Lohn zu entschädigen. Die Forderung ist vom Senat abgelehnt worden. Die Straßenbahnen mußten auch heute wieder den Betrieb um 4 1/2 Uhr einstellen.

Neu-kommunistische Zensur über die Freiheit

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wie die Freiheit berichtet, hat ein Teil der Handhüter der Freiheit-Druckerei G. m. b. H., die lediglich von der Verlagsgenossenschaft Freiheit G. m. b. H. den Auftrag erhalten haben, die Freiheit zu drucken, sich geweigert, die Anbel: Aus den Organisationen in das Blatt zu bringen. Aus diesem Grunde sind gestern die Stellen des Blattes, in denen sonst die Verammlungsankündigungen erschienen, freigeblieben. Dieses Verhalten der Seher kommt der Annahme einer Zensur gleich und hat mit dem Arbeitsverhältnis überhaupt nichts zu tun. Da eine gütliche Einigung mit den Handhütern an ihrem Starrsinn gescheitert ist, hat die Freiheit-Druckerei die tariflichen Instanzen der Buchdrucker über diesen Fall entscheiden lassen. Das Tarifamt hat denjenigen, die sich weigern, den ihnen übergebenen Satz zu setzen und das Blatt so zu umbrechen, wie es von der Redaktion verlangt wird, eine Verwarnung ausgesprochen. Das Tarifamt erklärt ferner, daß bei Beharrung der Arbeitverweigerung die zirkuläre Entlassung eintreten könne.

Ein Ultimatum der Bolschawerkonferenz an Südlawien?

Paris, 21. Oktober. Die Bolschawerkonferenz prüfte gestern die Antwort Südlawiens auf die letzte Note der Alliierten über Kärnten. Sie zog die verschiedenen Schritte in Betracht, die in Belgrad unternommen werden sollen, um die vorbehaltlose Räumung der von den serbischen Truppen in der Zone A besetzten Gebiete zu erzielen. Dann prüfte die Konferenz den Text des Schreibens, das dem Uebereinkommen zwischen Polen und der freien Stadt Danzig hinzugefügt werden soll.

Nach einer weiteren Meldung aus Paris hat die Bolschawerkonferenz ein Ultimatum an die südlawische Regierung gerichtet, in dem sie fordert, daß binnen 48 Stunden das Abstimmungsgebiet in Kärnten von den südlawischen Truppen zu räumen ist.

Die Lage in Italien.

Mailand, 21. Oktober. (Ul.) Nachrichten aus Turin zufolge wird Giolitti am Freitag, spätestens Sonnabendvormittag nach Rom zurückgekehrt sein. Diese Nachricht lenkt die Aufmerksamkeit der Presse auf das Regierungsprogramm und die kommenden Parlamentsarbeiten. In dem letzten Schritt der Volksbehörde, die die Verhaftung verschiedener Abgeordneter gefordert hat, erklärt Giolitti, dieses Vorgehen würde als Symptom der Reaktion und Veränderung seiner eigenen Richtung aufgefaßt, während doch nur zur normalen Tätigkeit der Polizeibehörde die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung gehöre. Die Sozialdemokraten tun unredlich, von einer Reaktion zu sprechen. Diese Erklärung wird jedoch selbst von der dem Minister freundlich gesinnten Presse als unbefriedigend aufgenommen. So schreibt Giornale d'Italia: Es ist notwendig, daß die Regierung Beweise ihres Mutes und der Festigkeit gebe.

Rom, 21. Oktober. Loco meldet aus Neapel, daß die Polizei 30 Häuser durchsuchte, in denen Anarchisten sich aufhielten, und kommunistische Werkschriften beschlagnahmte, die in verschiedenen Sprachen gedruckt waren. Einige Anarchisten wurden verhaftet.

Die sozialistische Parteileitung gegen einen Proteststreik.

Florenz, 21. Oktober. (Stefani.) Eine Konferenz der sozialistischen Parteileitung beschäftigte sich mit der innerpolitischen Lage, insbesondere im Zusammenhang mit den letzten Verhaftungen. Entgegen dem Bestreben verschiedener Arbeiterorganisationen, einen allgemeinen Proteststreik zu veranlassen, beschloß die Parteileitung, sich darauf zu beschränken, einen Aufruf zu erlassen, der, unter Ausschluß des sofortigen allgemeinen Streiks, die Massen darauf hinweist, sich zu jeder von der Parteileitung als erforderlich erachteten Aktion bereitzuhalten. Der Leiter des Kvanti, Serrati, und der politische Sekretär der Partei, Cennari, sind nach Berlin abgereist.

Stilllegung einer Ueberlandzentrale wegen Kohlenmangels.

Nach einer Meldung aus Remscheid ist die Ueberlandzentrale Reichsholz wegen Kohlenmangels gezwungen, die Strombelieferung für die bergischen Industriegebiete einzustellen. Für das Wirtschaftsleben der Bezirke Remscheid, Solingen, Opladen usw., die von der Strombelieferung der Ueberlandzentrale Reichsholz abhängen, bedeutet dies ein schwerer Schlag. Die Stadt Remscheid verfügt noch über Strom für die wichtigsten Notstandsarbeiten und für die Lebensmittelindustrie. Im übrigen muß vom Sonntag ab die Versorgung vollständig unterbrochen werden. Mehrere Nachbargemeinden sind in ähnlicher Lage. Von der Stadtverwaltung wurde die Reichsholzverwaltung dringend ersucht, das Werk Reichsholz auf schnellstem Wege mit Kohlen zu beliefern.

Beschlagnahme deutscher Flugzeuge in Oesterreich.

Wien, 22. Oktober. (Ul.) Gestern nachmittag sind die drei Passagier-Flugzeuge, die am 20. d. M. auf der Strecke nach Wien anlangten, von österreichischen Behörden in Wien eingetroffen. Die Flugzeuge, die für den künftigen Luftverkehr Wien-München bestimmt sind, wurden von den bekannten deutschen Piloten Wot, Drossler und Doldi geführt. Nach der Begrüßung erschien eine Entente-Kommission auf dem Flugplatz, bestehend aus einem englischen, italienischen, französischen und japanischen Offizier, die sich darauf beriefen, daß von der deutschen Entente-Kommission noch keine Bewilligung des Fluges der deutschen Piloten in Wien eingetroffen sei. Ueberhaupt sei für diesen Flug die Bewilligung der Entente-Kommission für Oesterreich einzuholen. Die drei Flugzeugapparate wurden daraufhin von der Entente-Kommission vorläufig mit Beschlagnahme belegt.

Die belgischen Sozialisten zur Beteiligung an der Regierung.

Brüssel, 20. Oktober. Wie l'Independance Belge mitteilt, hat der Generalkongress der sozialistischen Partei beschlossen, daß die Sozialisten fernoch in einem Koalitionsministerium beteiligten würden, wenn die Militärdienstzeit auf 6 Monate herabgesetzt, der Senat demokratisiert würde, radikale Maßnahmen gegen die Lebensmittelsteuerung ergriffen würden und wenn die vollkommene Streikfreiheit gesetzlich gewährleistet würde.

Die Tagung der Selbstzufriedenen.

Zum Teufel ist der Spiritus, Das Miesma ist geblieben.

Der Parteitag von Kassel wird in der Geschichte des Niederrangs der Rechtssozialisten einen markanten Platz haben. Er bezeichnet das beginnende Stadium der Arterienverkalkung.

Wie Vollmond glänzte sein festes Gesicht, könnte man von ihm sagen, so triefte diese Tagung von Selbstzufriedenheit und Pharisäertum. Den Rechtssozialisten ist der Kamm geschwollen. Ueber Halle haben sie ihre Wahl Niederlage vergessen. Sie wiegen sich in die Illusion, daß die Unabhängige Sozialdemokratie durch den Abfall eines Teils ihrer bisherigen Mitgliedschaft zu den Kommunisten völlig vernichtet und aktionsunfähig werde, so daß die Scheidemänner ihre scharfe Kritik, ihre vorwärtsdrängende Arbeit im Proletariat nicht mehr zu fürchten haben würden. Stolz verweisen die Rechtssozialisten auf ihre wieder gefüllten Kassen, auf die zunehmende Zahl ihrer Mitglieder, die die erste Million am 1. April 1920 um 180 000 überschritten hatte. Stolz verweisen sie auf die wachsende Zahl ihrer Parteiklätter. In der Tat, sie haben alles, was eines Rechtssozialisten Herz begehren kann. Sie haben wieder eine große Schaar um sich gesammelt, sie haben eine große Parteimaschine aufgebaut. Und daß dieser Maschine das beste fehlt, der starke Antrieb, der aus festem Kampfwillen und zuverlässigem Glauben in die Sieghaftigkeit des Sozialismus entspringt, das kimmert sie wenig, das sehen sie gar nicht. Die Räder laufen ja weiter, auch ohne diesen Antrieb, kraft ihrer eigenen Schwungkraft, dem Gesetze der Beharrung folgend.

Wir wollen natürlich den Wert einer guten Organisation, einer starken Mitgliedschaft, einer gefüllten Kasse nicht verkennen, wie es denn überhaupt durchaus verfehlt wäre, die Partei Scheidemann zu unterschätzen. Dieser wohlorganisierte bürokratische Apparat wird im politischen Leben immer einen nicht unwesentlichen Einfluß haben. Aber wir wissen von 1914 her, daß es nicht bloß auf den großen Mitgliedschaftskörper ankommt, sondern daß nicht minder wesentlich der Geist ist, der ihn erfüllt, und der Geist, der in Kassel über der Tagung in der Stadthalle schwebte, war der Geist des milden Reformismus, der nichts mehr weiß von der großen historischen Mission der Arbeiterklasse, der von den Wehen der Zeit kaum noch berührt wird. Die Rechtssozialisten haben aus dem Sturm und Drang dieser letzten Jahre wenig gelernt. Sie stehen wieder dort, wo sie 1914 standen. Der bloße Organisationsstift steht wieder in voller Blüte und nur insofern haben sie sich gewandelt, als sie, um ein Wort des staatsmännlich postierenden Zollmann zu gebrauchen, die „revolutionäre Phrasologie“ bis auf wenige Ausnahmen mehr und mehr aufgegeben haben, daß sie jetzt schon mehr zu scheinen wagen, was sie sind. Sie sind auch äußerlich „Realpolitiker“ geworden, die sich nicht mehr um große Ziele, nicht mehr um eine grundstürzende Umwälzung der Gesellschaft strapazieren, sondern denen die wichtigste Frage die ist, ob sie einen Anteil an der Macht, ob sie einige Ministeressel erlangen können.

Das Streben nach der Macht ist natürlich jeder Partei eigen. Auch die Unabhängige Sozialdemokratie will selbstverständlich die Regierungsgewalt erobern. Der Unterschied ist nur der, daß die Rechtssozialisten auf das Ziel der Eroberung der gesamten politischen Gewalt für das Proletariat verzichtet haben. Sie sind unbedinglich gewillt, sich mit einem Anteil zu begnügen, mit dem Bürgertum zu teilen. Und das nicht nur, weil sie etwa wegen der Zerspaltung der deutschen Arbeiterbewegung daran verzweifeln, eine sozialistische Mehrheit im Reichstag in absehbarer Zeit zu gewinnen. Nein: sie wollen selbst für diesen Fall die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum in der Regierung fortsetzen. Keiner der Delegierten hat Einspruch erhoben gegen den Ausbruch, der von zwei verschiedenen Rednern auf diesem Parteitag getat wurde, die Partei müsse sich auf eine lange Zeit der Koalitionsregierung einrichten, denn selbst wenn die Arbeiterklasse die Mehrheit habe, müsse sie das Bürgertum noch an der Regierung beteiligen. Das ist die notwendige Folge des mangelnden Vertrauens das die Rechtssozialisten in die Sieghaftigkeit, in die Ueberlegenheit des Sozialismus über die kapitalistische Wirtschaftsform sehen. Ihnen graut vor der Verantwortung, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen im Kampfe mit der Bourgeoisie und so schließen sie die Augen vor der Erkenntnis, die jedem Marxisten das WC bedeutet, daß nur im schärfsten Klassenkampf der Sozialismus durchgesetzt werden kann, so schließen sie, wie der Vogel Strauß, die Augen vor der unangenehmen Lehre der Sieghaftigkeit, daß noch niemals eine herrschende Klasse freiwillig ihre Privilegien aufgegeben hat. So klammern sie sich an die abergläubische Hoffnung, daß sie mit Hilfe der Bourgeoisie die Bourgeoisie enteignen und aufheben könnten. Sie glauben, die Stines und Rirdorf überreden zu können, bei ihrer Absetzung und Entthronung tätig mitzuwirken. Sie glauben sie überlisten zu können, indem sie das Werk der Sozialisierung ganz, ganz allmählich vornehmen und den Prozeß der Umstellung des Kapitalismus in den Sozialismus auf eine lange, lange Zeit ausdehnen.

Damit scheint allerdings in Widerspruch zu stehen, daß die